

Aus einer halben Portion soll wieder eine ganze werden: Das Badhaus Breite

Rhybadhysli Die Regierung schlägt in einem Ratschlag die Vergrösserung der Badeanstalt Breite vor.

Dominik Heitz

Vor 25 Jahren hatte eine stetig rückläufige Besucherzahl dazu geführt, dass das Rheinbad Breite praktisch um die Hälfte verkleinert wurde.

Doch seit der Rhein in den letzten zwei Jahrzehnten vermehrt zum Baden einlädt, steigt auch wieder das Interesse an den Badeanstalten am Rhein. Gerade das Rhybadhysli Breite verzeichnet jährlich wachsende Besucherzahlen: An schönen Tagen zählt der Bademeister bis zu 400 Gäste.

Wie 1898

Vor drei Jahren hat deshalb der Verein Rheinbad Breite damit begonnen, eine Vergrösserung des Bades um das Doppelte sowie eine Sanierung der Infrastruktur ins Auge zu fassen. Der Plan: Rheinaufwärts soll auf den Fundamenten des ehemaligen Rheinbads die Fläche erweitert werden – in gleicher Bauart. Durch diese Verdoppelung erhält das grosse Deck 80 Liegeplätze mehr.

Und auf der unteren Ebene, auf der Höhe des Bermenwegs, werden weitere Aufenthaltsflächen für Badegäste geschaffen. Damit würde dieses Rheinbad wieder jene Grösse erhalten, die es damals hatte, als es 1898 errichtet worden war.



Soll zu alter Grösse zurückfinden: das Rhybadhysli Breite. Foto: Mischa Christen

Im Jahr 2016 berichtete die BaZ, dass gemäss einer Vorstudie der Miller & Maranta Architekten und einer Projektüberarbeitung durch Courvoisier Stadtentwicklung GmbH das künftige Rheinbad Breite dasselbe äussere Erscheinungsbild erhalten könnte wie das heutige.

Mit dem Erweiterungsprojekt soll das Rheinbad als Treffpunkt

für die Quartierbevölkerung noch attraktiver werden. Denn durch die Vergrösserung des Decks würde mehr Platz für Aktivitäten und Begegnung zur Verfügung stehen – etwa für Kurs-, Bewegungs- und Gesundheitsangebote. Die heutigen Nutzungsbereiche sowie das Restaurant im Sommer und die Sauna im Winter bleiben unverändert.

Vor drei Jahren rechnete der Verein Rheinbad Breite mit Kosten von rund 3 Millionen Franken und damit, dass zwei Drittel davon die öffentliche Hand tragen solle, während der Verein den Rest aufbringen würde. Nun hat am Dienstag der Regierungsrat einen entsprechenden Ratschlag zuhanden des Grossen Rats bewilligt.

Gemäss diesem Ratschlag wird für die Sanierung und Erweiterung des Rheinbads Breite mit rund 3,3 Millionen Franken veranschlagt. Dem Grossen Rat beantragt die Regierung, 2,46 Millionen für Projektierung und Ausführung zu sprechen. Der Verein Rheinbad Breite würde sich dann mit 840 000 Franken an den Projektkosten beteiligen. Im Zusammenhang mit diesem Ratschlag beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den Anzug von Christian von Wartburg (SP) betreffend «Rheinbad Breite original. Vorwärts zur alten Grösse» abzuschreiben.

Das Vierte im Bunde

Das Rhybadhysli im Breite-Quartier war zu seiner Entstehungszeit im Jahr 1898 neben dem Rheinbad St. Johann und den beiden Bädern unter der Pfalz das vierte Rhybadhysli. Eigentlich hätte es Ende der 1960er-Jahre abgerissen werden sollen, denn die finanziellen Nöte des Kantons verunmöglichten eine seriöse Weiterführung des Badehauses – diese verhin-derten letztlich aber auch einen teuren Abbruch.

1992 startete der Verein Rheinbad Breite ein Sammelaktion in der Hoffnung, wenigstens einen Teil des Badehauses retten zu können. Der Wunsch ging ein paar Jahre später in Erfüllung.

FDP und SVP fordern Sparmassnahmen

Budget 2020 Quartiervereine sollen eingeschränkt unterstützt und der Stellenzuwachs in den Verwaltungen soll eingedämmt werden.

Heute werden im Grossen Rat in Basel die Diskussionen über das Budget 2020 entbrennen. FDP und SVP wollen Sparmassnahmen – und sie führen handfeste Argumente ins Feld. Die FDP verlangt konkret, den Beitrag von 70 000 Franken an die Quartierkoordination Gundeldingen zu streichen.

Dort nämlich streiten sich die verschiedenen Quartierorganisationen heftig, und zwar seit Jahren. Trotz Mediation und kantonalen Intervention verliessen die Vereine die Quartierkoordination und hinterliessen damit eine Lücke. Diese Streitigkeiten bestärken den FDP-Präsidenten Luca Urgese in der Annahme, dass sich behördliche Einmischung nicht auszahlt. Daher müsse man an die Quartierkoordination nicht noch 70 000 Franken zahlen.

Auch die SVP goutiert das Budget nicht ohne Änderungsanträge. Sie will es gar mit einer ganzen Reihe an Vorschlägen verschlanken. Auf die neu geschaffene 50-Prozent-Stelle in der Abteilung Kultur «Kunst im öffentlichen Raum» solle verzichtet werden. Ausserdem verlangt sie eine Streichung der Aufstockung des Headcounts im Bau- und Verkehrsdepartement.

Bei der Sozialhilfe sollen 18 000 Franken gekürzt werden. Dies entspreche den Mehrkosten für «den illegal durch den Re-

gierungsrat aufgenommenen Asylanten A.».

Weiter soll das Departement von Christoph Brutschin (SP) auch kein zusätzliches Geld im IT-Bereich erhalten.

Rundumschlag der SVP

Die SVP will auch die Abteilung für Gleichstellung von Frau und Mann zusammenstreichen, der Polizei kein Geld für die Entwicklung einer eigenen App für Parkgebühren genehmigen und auf Solarabfallkübel verzichten. Und last but not least geht auch sie auf die Quartierkoordination los. Sie will das Stadtteilsekretariat Basel-West gleich ganz abschaffen.

Die SVP schreibt in ihrer Pressemitteilung, die Finanzsituation des Kantons sei zwar noch stabil. Angesichts der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen werde sie sich aber verschlechtern. Auch der Schuldenstand des Kantons sei im schweizweiten Vergleich enorm hoch. Sie erwartete daher, dass der Regierungsrat im Rahmen der nun abgeschlossenen Generellen Aufgabenüberprüfung GAP konkrete Massnahmen ergreife.

Der Regierungsrat rechnet für das Jahr 2020 mit einem Gesamtergebnis von sechs Millionen Franken. Dass der Überschuss gegenüber der Rechnung 2018 als auch dem Budget 2019 deutlich tiefer ausfalle, gehe auf die Umsetzung der AHV-Steuvor-

lage auf Bundesebene und den Basler Steuerkompromiss auf Kantonsebene zurück, meldet die Regierung. Der damit verbundene Einnahmeausfall belaste den Kantonshaushalt im Jahr 2020 mit netto 263 Millionen Franken und habe zur Folge, dass der strukturelle Überschuss in der Rechnung des Kantons nun der Vergangenheit angehöre.

Rückgang sei verkraftbar

In den weiteren Planjahren rechnet der Regierungsrat mit ausgeglicheneren Ergebnissen. Er erachte vorübergehende – nicht strukturelle – Defizite als verkraftbar, lässt er verlauten.

Allerdings führt die Steuerreform zu einem deutlichen Rückgang von 23 Prozent bei den direkten Steuern von juristischen Personen. Das entspricht rund 176 Millionen Franken. Die Senkung des Steuersatzes bei den Einkommenssteuern von natürlichen Personen erfolgt gestaffelt über drei Jahre. Der erste Schritt führt im Jahr 2020 zu Minder-einnahmen von 23 Millionen Franken.

Trotzdem nehmen die Einkommenssteuern um 15 Millionen Franken zu. Diese Entwicklung sei einerseits Folge der weiter steigenden Einwohnerzahl sowie Ausdruck der nach wie vor guten wirtschaftlichen Situation.

Franziska Laur

Der 30-jährige Tatu ist gestorben



Im Oktober traf Schimpanse Tatu (30) im Zoo Basel ein. Nun ist der männliche Schimpanse leider gestorben. Foto: Zoo Basel

Zoo Der 30-jährige Schimpanse Tatu sei am Sonntagmorgen tot im Gehege aufgefunden worden, teilte der Zoo Basel am Dienstag mit. Die Todesursache sei noch unklar. Gemäss ersten Untersuchungsergebnissen litt der Schimpanse an einer schweren und schon längere Zeit bestehenden Bauchfellentzündung. Zudem wies sein Körper Bisswunden auf.

Tatu war erst im Oktober auf Empfehlung des Europäischen Erhaltungszuchtprogramms nach Basel gekommen. Er war langsam dabei, sich an seine Mitbewohner zu gewöhnen. Besonders gut verstand er sich mit seinem sechs-jährigen Sohn Kume, der seit sechs Jahren in Basel lebt.

Tatuts Körper wird derzeit im Institut für Tierpathologie der Universität Bern untersucht. (sda)

Regierung will Mindestlohn von 21 Franken pro Stunde

Initiative Die Basler Regierung steht der Einführung eines Mindestlohns im Stadtkanton positiv gegenüber. Ein Mindestlohn von 21 Franken soll als Gegen-vorschlag zur Initiative «Kein Lohn unter 23 Franken» gesetzlich verankert werden, wie die Regierung am Dienstag mitteilte. Das Volksbegehren war im März mit 3979 gültigen Unterschriften eingereicht worden.

Dass der Mindestlohn im Gegenvorschlag auf 23 statt 21 Franken festgelegt wurde, begründete das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU) auf Anfrage mit einem Vergleich mit jenen drei Kantonen, die bereits einen Mindestlohn kennen. In den Kantonen Neuenburg und Jura beträgt der minimale Stundenlohn 20 Franken, im Tessin etwas weniger.

Genug für den Lebensbedarf

Für Basel-Stadt wurden überdies eigens Berechnungen auf Grundlage eines Bundesgerichtsurteils zum Neuenburger Mindestlohn angestellt. Massgebend waren laut WSU der allgemeine Lebensbedarf, das Mietzinsniveau sowie die Krankenkassenprämien. Errechnet wurde schliesslich ein Bruttojahreslohn von 45 000 Franken, was einen Stundenlohn von knapp 21 Franken ergibt.

Verlangt wird mit dem Volksbegehren ein Gesetz «zum sozialpolitischen Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer». Ziel ist es, dass der Lohn für eine Vollzeitstelle für den Lebensunterhalt ausreicht. Hinter der Initiative steht der Verein kantonaler Mindestlohn Basel. Diesem gehören der Basler Gewerkschaftsbund, die Gewerkschaften Unia, VPOD, Syndicom und SEV sowie SP, Basta, Grüne, die Juso, das Junge Grüne Bündnis und die kommunistische Jugend an.

Lanciert worden war die Initiative im September 2018. Seit-her haben sich das Thurgauer, das Freiburger, das Zürcher und das Luzerner Kantonsparlament gegen einen Mindestlohn ausgesprochen. Entsprechende Vorstösse wurden klar verworfen.

Das Bundesgericht hat kantonale Mindestlöhne 2017 für bundesrechtskompatibel befunden. Als erster Kanton hatte Neuenburg einen Mindestlohn ins Gesetz geschrieben. Auch im Kanton Jura wurde eine Initiative «für anständige Löhne» vom Volk angenommen. Im Tessin haben die Stimmberechtigten 2015 eine Volksinitiative angenommen, wonach in einzelnen Branchen ein Mindestlohn eingeführt werden kann. (sda)

Nachricht

120 000 Franken für «Musikjahr 2020»

Projekt Das Basler Präsidialdepartement lässt sich für die Kommunikations-offensive «Musikjahr 2020» mit 120 000 Franken aus dem Swisslos-Fonds alimentieren. Deklariert wird die Vergabe als Schwerpunkt-Projekt, das in Ausnahmen die Vergabe von Swisslos-Fonds-Geldern an staatliche Projekte ermöglicht. Beim «Musikjahr 2020» handelt es sich nicht um einen neuen Anlass oder ein Festival, sondern um eine Anhäufung von speziellen Ereignissen in der Basler Musikszene. (sda)